

**CDU-Initiativen
für die Plenarsitzungen
am 22., 23. und 24. August 2018**

1. Aktuelle Debatten
2. Antrag:
„Planungsbeschleunigung – Mehr Tempo bei Infrastrukturprojekten“
(Herr Baldauf)
3. Antrag:
„Unbefristete Fortführung der 70-Tage-Regelung bei Saisonarbeitskräften“
(Herr Baldauf)
4. Antrag:
„Digitale Lernzentren 4.0 ausbauen – eine zeitgemäße und chancengleiche berufliche Ausbildung für die rheinland-pfälzischen Berufsschüler/-innen ermöglichen“
(Herr Brandl)
5. Antrag:
„Sozialkundeunterricht intensivieren – politische und ökonomische Bildung endlich stärken“
(Herr Baldauf)
6. Antrag:
„Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken – praxisnahes Forschungspotential fördern“
(Herr Brandl)

1. Aktuelle Debatten

- „Unzureichende Maßnahmen der Landesregierung und notwendige Schritte zur Sicherung der ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz“
- „Nachwuchsmangel im Handwerk – Duale Ausbildung stärken“

2. Antrag:

„Planungsbeschleunigung – Mehr Tempo bei Infrastrukturprojekten“

Verkehrswege als Standortfaktor

Die Verkehrsinfrastruktur in Rheinland-Pfalz leidet an **jahrelanger, chronischer Unterfinanzierung** durch die Landesregierung. Wirtschaftsminister Wissing verspielt wichtige Zukunftschancen. Gute Straßen sind gerade für ein **Flächenland** unverzichtbar. Sie sind die Voraussetzung für eine moderne Gesellschaft, für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand. **Auf gute Straßen angewiesen sind Privatleute**, die zur Arbeit fahren oder ihre Kinder in die Schule bringen wollen, der Öffentliche Personennahverkehr und die Wirtschaft, die gute Anbindungen braucht. Rheinland-Pfalz ist als **Export- und Transitnation** im Herzen Europas auf moderne und leistungsfähige Verkehrswege angewiesen.

Schneckentempo beim Ausbau unserer Landesstraßen

Im Sommer 2015 hat der Landesrechnungshof festgestellt, dass etwa 55% % des gesamten Straßennetzes in einem **problematischen bis sehr schlechten Zustand** sind. Der **Investitionsbedarf** im Bereich der (sehr) schlechten Streckenabschnitte ist auf **970 Mio. Euro** angestiegen.

Beispiel: Ausbau der A643

Seit Jahren verzögert die Landesregierung ein wichtiges Strukturprojekt für die Rhein-Main-Region. Bereits 2012 hat sich die IHK Rheinhessen für dieses Projekt ausgesprochen, um den Wirtschaftsstandort der Region zu stärken. Hessen setzt alles daran, eine schnelle und möglichst **staufreie Lösung** umzusetzen. Und Rheinland-Pfalz? Auf der rheinland-pfälzischen Seite leisten wir uns ein **Nadelöhr und Dauer-Staus** für Pendler und Unternehmen. Die Landesregierung hat weiterhin keine einheitliche Position zum Ausbau der A 643. Auch auf den dringend notwendigen **Planfeststellungsbeschluss** warten wir vergeblich.

Minimale Beschleunigung beim Ausbau unserer Kreisstraßen

Wie bei den Landesstraßen gibt es auch bei den **Kreisstraßen** einen großen Verschleiß, der nur durch gezielte Investitionen gestoppt werden kann. Der Landesbetriebs Mobilität (LBM)

bewertet 35,22% des Kreisstraßennetzes mit der **schlechtesten Note** (4,5 – 5,0). Hinzu kommen rund 19% der Kreisstraßen mit **der zweitschlechtesten Bewertung** (3,5 – 4,49).

Beispiel: B10 in der Südpfalz

Die **B10** zwischen Godramstein und Landau soll vierspurig ausgebaut werden. Die veranschlagte Bauzeit beträgt **sechs Jahre**. Und das für eine Strecke von **vier Kilometern**.

Wissing muss Bundesinitiative zur Planungsfeststellung unterstützen

Während Wirtschaftsminister Wissing nur auf dem Papier ankündigt, jedes Verkehrsinfrastrukturprojekt mit „**maximaler Beschleunigung**“ voranzubringen, handelt nun der Bund. Er hat den Sanierungs- und Ausbaubedarf unserer Verkehrsinfrastruktur erkannt und den Ländern zugesagt, sie in den kommenden 15 Jahren mit knapp **270 Milliarden Euro** beim Ausbau der Verkehrswege zu unterstützen.

Um diesen Prozess zu beschleunigen hat das Bundeskabinett am 18.7.2018 den **Entwurf für ein Planungsbeschleunigungsgesetz** beschlossen. Der Inhalt:

- In bestimmten Fällen kann bereits vor Erlass des Planfeststellungsbeschlusses eine **vorläufige Genehmigung** für vorbereitende Maßnahmen oder Teilmaßnahmen erteilt werden.
- Außerdem soll es möglich sein, den **Klageweg** gegen besonders wichtige Infrastrukturprojekte zu verkürzen und Gerichtsverfahren zügiger abzuschließen.

Das Planungsbeschleunigungsgesetz **strafft** also die **Planungs- und Genehmigungsverfahren** beim Aus- und Neubau von Verkehrsinfrastruktur. Nachdem Wirtschaftsminister Wissing die Schuld für Verzögerungen bisher auf den Bund geschoben hat, ist er nun besonders gefragt.

Wir fordern die Landesregierung auf

- Den weiteren Verlauf des Planungsbeschleunigungsgesetzes zu unterstützen und der **Gesetzesinitiative im Bundesrat** zuzustimmen.
- Nach Inkrafttreten des Gesetzes zügig zu prüfen, welche neuen **Möglichkeiten** sich aus dem Gesetz ergeben, um **rheinland-pfälzische Infrastrukturprojekte** zu beschleunigen.
- Zeitnah einen **Planfeststellungsbeschluss** für den sechsspurigen **Ausbau der A 643** vorzulegen, und im Vorfeld dazu dem Landtag einen konkreten **Zeit- und Aktionsplan** der Umsetzung des Planfeststellungsbeschluss für den sechsspurigen Ausbau der A 643 vorzulegen.

3. Antrag:

„Unbefristete Fortführung der 70-Tage-Regelung bei Saisonarbeitskräften“

70-Tage-Regelung als Erfolg

Die CDU-Fraktion will Landwirten bei **Saisonkräften helfen**. Sie sollen auch weiterhin **70 Tage ohne Sozialversicherung** beschäftigt werden können.

Bis 2015 durften Saisonarbeitskräfte und andere Minijobber an **50 Tagen im Jahr** sozialversicherungsfrei dazuverdienen. Im Jahr 2015 wurde die sogenannte **70-Tage-Regelung** als befristete **Übergangsregelung** geschaffen, die 70 Arbeitstage pro Jahr erlaubt. Ziel war es, die **Auswirkungen des Mindestlohns** für Arbeitgeber – insbesondere für diejenigen, die Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft, dem Weinbau oder der Gastronomie beschäftigen – erträglicher zu machen. Die Ausnahmeregelung endet am **31. Dezember 2018**.

In der Praxis hat sich die 70-Tage-Regelung bewährt: Bisher ist es zu keiner zahlenmäßigen Zunahme der **geringfügigen kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisse** gekommen. Im Gegenteil: Sie sind sogar **leicht rückläufig**. Bereits im Januar 2018 haben sich die **Agrarminister der Länder** in ihrer Amtschefkonferenz für eine Entfristung der Regelung ausgesprochen.

Bundesratsinitiative für eine Entfristung

Für die Saisonarbeitskräfte ist diese Beschäftigungsform positiv: Ihnen wird der **Bruttolohn netto** ausgezahlt, ihr **Krankenversicherungsschutz** wird über eine private Krankenversicherung geregelt und der **Unfallversicherungsschutz** ist über den Betrieb gegeben. Die Landwirte wiederum müssen bei dieser Regelung keine anteiligen **Sozialversicherungsbeiträge** entrichten. Viele Landwirte haben weiterhin große Probleme, die gestiegenen Lohnkosten zu erwirtschaften.

Wir fordern deshalb von der Landesregierung

- Den Anstoß einer **Bundesratsinitiative** für die **Entfristung der 70-Tage-Regelung**.
- Mehr Einsatz für eine **Flexibilisierung der Ruhezeiten**.
- Die Umsetzung einer **12-Stunden-Arbeitsregelung** bei **Arbeitsspitzen** mit entsprechendem Freizeitausgleich ohne vorherige Antragstellung.

4. Antrag:

„Digitale Lernzentren 4.0 ausbauen – eine zeitgemäße und chancengleiche berufliche Ausbildung für die rheinland-pfälzischen Berufsschüler/-innen ermöglichen“

Digitalisierung verändert Berufswelt

Die Digitalisierung stellt Ausbildung- und Berufswelt vor große Herausforderungen. Neue Berufsbilder entstehen, alte passen sich an, andere verschwinden gänzlich. Dies hat gravierende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Kompetenzen, wie Lernbereitschaft, interdisziplinäres Denken und Handeln, IT- und Medienkompetenz sowie die Fähigkeit zur Gestaltung von Innovationsprozessen nehmen immer breiteren Raum ein. Dabei zählen Ausbildungsberufe mit einem Schwerpunkt in **Mechanik oder Informationstechnik** zu den erfolgsversprechenden und zukunftsorientierten Arbeitsfeldern.

Vor allem in Berufsfeldern, in denen das „**Internet of Things**“ und die **Industrie 4.0** zum Tragen kommen, werden zunehmend **Fachkräfte** gesucht. Unternehmen agieren hier als Vorreiter und haben unsere Berufsschulen – eigentlich zentraler Bestandteil der Bildungsinfrastruktur – oft schon weit überholt.

Modell der „Lernfabriken 4.0“ in Baden-Württemberg ist vorbildlich

Die duale Ausbildung darf nicht den **Anschluss** an die Entwicklung der Informationstechnik verpassen. Es ist Aufgabe der Landesregierung, die **richtigen Bildungsvoraussetzungen** zu schaffen und die angehenden Arbeitskräfte auch im Bundesschnitt wettbewerbsfähig zu halten.

Um den Anforderungen zu begegnen, vor die uns die Digitalisierung stellt, muss eine **praxisorientierte und moderne Ausbildung** unsere Schüler auf die neuen technischen Berufe vorbereiten. Dies können die Lernfabriken 4.0 leisten. Dort werden Auszubildende anhand von **simulierten Industrieprozessen** an die Arbeitsweisen von intelligenten Produktionsfabriken herangeführt. Unser Nachbarland **Baden-Württemberg** macht Berufsschüler bereits an sechzehn „Lernfabriken 4.0“ für die Industrie 4.0 fit.

Wie die Antwort der Landesregierung auf die CDU-Anfrage (Drs. 17/1648) zum Stand der digitalen beruflichen Ausbildung zeigt, fehlt der Landesregierung jeglicher **politischer Wille** zur Umsetzung digitaler Lernzentren 4.0 in Rheinland-Pfalz. Bisher beobachtet die Ampelkoalition lediglich, wie andere Bundesländer an Rheinland-Pfalz vorbeiziehen und schiebt die **Verantwortung auf die Sozialpartner** ab.

Auch Rheinland-Pfalz braucht „digitale Lernzentren 4.0“

Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung auf

- **Fünf digitale Lernzentren 4.0** in Kooperation mit Schulträgern und Schulen zeitnah zu realisieren. Dazu gehören auch die Bereitstellung von **Budget im Doppelhaushalt 2019/2020** und die Erarbeitung eines **Lehrplankonzepts** für die erfolgreiche und wettbewerbsfähige Ausbildung der rheinland-pfälzischen Berufsschüler und -schülerinnen. Indem wir die Attraktivität unserer Berufsschulen sowohl für Schüler/innen als auch für Lehrer/innen steigern, kann es uns gelingen, dem **Fachkräftemangel langfristig entgegenzuwirken**. Durch die Einführung von Lernzentren 4.0. in Rheinland-Pfalz kann neben der Wirtschaft jedoch auch die **Gesellschaft** profitieren: Nachdem die Lernzentren 4.0 am Vormittag von Berufsschülern/-schülerinnen genutzt werden, stehen sie mittelständischen Unternehmen am Nachmittag für **Weiterbildung** und Vereinen für Abendveranstaltungen offen.
- Eine gezielte **Aus- und Fortbildung** für Lehrer, unterstützt durch ein entsprechendes Budget.
- Eine bessere **technologische Ausstattung der Berufsschulen** und eine Instandhaltung der Technik.
- Einen Ausbau der **digitalen Infrastruktur**, damit alle Schulen in Rheinland-Pfalz bis Ende des Jahres 2018 über einen leistungsstarken Internetzugang verfügen.

5. Antrag:

„Sozialkundeunterricht intensivieren – politische und ökonomische Bildung endlich stärken“

Mehr Wirtschaftsthemen auf dem Stundenplan

Schüler wollen mehr über **Wirtschaft wissen**. Das ist das Ergebnis einer **Studie** des Bankenverbands: Danach gaben 71 Prozent – befragt nach den eigenen Erfahrungen zum Unterricht – an, dass sie an ihrer Schule nicht viel bis gar **nichts über Wirtschaft und Finanzen lernen bzw. gelernt haben**. Für zwei Drittel sind Informationen darüber, wie Wirtschaft funktioniert, (sehr) wichtig. Gerade den Schulen gegenüber wird hier eine besondere **Erwartungshaltung** entgegengebracht. 84 Prozent wünschen sich mehr Wirtschaftsthemen in der Schule.

Bereits 2010 hat die Fraktion der CDU eine **Stärkung des Fachs Sozialkunde** gefordert. Ein Ergebnis der Enquête-Kommission 16/2 war auch, dass Kinder und Jugendliche selbst mehr Informationen über **Teilhabemöglichkeiten** an politischen und gesellschaftlichen Prozessen erhalten wollen. Dies umfasst auch **volkswirtschaftliche Zusammenhänge** und Grundfragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Alleine im Hinblick auf **aktuelle Konjunkturentwicklungen, Fachkräftemangel, Digitalisierung** der Arbeitswelt oder auch auf die Bedeutung des Freihandels und der Finanzmärkte ist ein grundlegendes **Basiswissen** erforderlich, um aktuelle Entwicklungen einordnen zu können. Nur so gelingt es, möglichst vielen jungen Menschen eine breite **Teilhabe an wirtschaftlichen Prozessen** zu ermöglichen.

Stärkere wirtschaftliche Akzente im Sozialkundeunterricht

Deutschland als wirtschaftsstarkes Land mit einer sehr ausdifferenzierten Unternehmensstruktur braucht **mündige Bürger** mit Urteilsfähigkeit in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen. Grundlegende **wirtschaftliche Kenntnisse** der Schulabsolventinnen und -absolventen sind deshalb unerlässlich und stellen eine gute Grundlage für den weiteren Bildungs- und Ausbildungsweg dar. Sie geben Orientierung unabhängig davon, welchen beruflichen oder wirtschaftlichen Weg man einschlägt, als Arbeitnehmer, Unternehmer, Gründer, Handwerker oder in einem freien Beruf.

Ökonomische Bildung ist **kein entbehrliches Zusatzwissen**, sondern gehört fachgebunden in die Sozialkunde. Dies darf aber nicht auf Kosten der politischen Bildung gehen. Denn die aktuellen Trends und politischen Fragestellungen etwa bei **Integration, Welt-handel und Entwicklungspolitik**, die Einheit Europas und die stark veränderte politische Landschaft zeigen den dringenden Bedarf an **hinreichender politischer Bildung**, um politische und wirtschaftliche Zusammenhänge kritisch beurteilen zu können.

Ressourcenmangel bei der praktischen Umsetzung

Die 2017 neu überarbeitete **Richtlinie zur ökonomischen Bildung** zeigt zwar Möglichkeiten des fächerübergreifenden Ansatzes auf, das Bildungsministerium stellt aber den Schulen **keine Ressourcen** für die praktische Umsetzung zur Verfügung. Die Argumentation, dass politische und wirtschaftliche Bildung als Querschnittsaufgabe in allen Fächern eine Rolle spielt, ist ein ungelöstes Versprechen.

Deshalb fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung dazu auf,

- Den **Lehrplan** für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer der Sekundarstufe sowie den **Rahmenlehrplan Gesellschaftslehre** für die Integrierten Gesamtschulen und Realschulen+ um Aspekte der ökonomischen Bildung deutlich zu erweitern.

- Zur unterrichtlichen **Umsetzung der zusätzlichen Inhalte** dafür Sorge zu tragen, dass in der letzten Jahrgangsstufe vor Übertritt in die gymnasiale Oberstufe das Fach Sozialkunde um eine Stunde erweitert wird.
- Durch geeignete und gezielte **Fort- und Weiterbildungsangebote** den Lehrkräften des Fachs Sozialkunde Ressourcen an die Hand zu geben, um ökonomische Lerninhalte intensiver als bisher vermitteln zu können.

6. Antrag:

„Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken – praxisnahes Forschungspotential fördern“

Profilbildung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Zu wenig Geld, zu wenig Dozenten - die finanzielle Lage der Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Fachhochschulen) ist angespannt. Es wird immer schwerer, Wissenschaftler nach Rheinland-Pfalz zu holen.

An den sieben Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Land sind rund **ein Drittel** aller rheinland-pfälzischen Studierenden eingeschrieben (40 000 Studenten). 5 000 Beschäftigte arbeiten dort. Die Hochschulen zeichnen sich durch ein **praxis- und berufsorientiertes Studium** aus. Gleichzeitig forschen sie an direkt **anwendungsbezogenen Innovationen**.

Die Professoren und Hochschulleitungen der sieben Hochschulen arbeiten intensiv daran, das **eigenständige Profil** ihrer Hochschulen zu schärfen. Sie sind ein wichtiges Standbein, um **Fachkräfte** zu gewinnen. Zusätzlich geben sie der Wirtschaft innovative Impulse. Vor allem kleinere und mittelständische Unternehmen sind auf diese **Kooperationen im Innovationsbereich** direkt angewiesen.

Innovationsgutscheine für eine bessere Kooperation

Um ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen zu können, ist das Land dazu aufgefordert, die Hochschulen für angewandte Wissenschaften **bestmöglich zu unterstützen** und einen Rahmen zu schaffen, der es ihnen ermöglicht, ihr anwendungsorientiertes Profil weiter zu stärken. In vielen Fällen mangelt es jedoch an **personeller und finanzieller Ausstattung**.¹ Die Folge: Viel zu häufig verlassen Studierende nach einem Studium wieder die Region, da es nicht gelungen ist, noch während des Studiums **verlässliche Netzwerke** mit Unternehmen aufzubauen.

¹ Im Rahmen der Forschungsinitiative Rheinland-Pfalz erhalten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften zusammen beispielsweise nur 1,2 Millionen Euro von 20 Millionen Euro.

Daher fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung auf,

- **Transferstipendien** an den Hochschulen einzuführen. Diese unterstützen Studierende, die schon während ihrer Studienzeit **Innovationsarbeit** in kleinen und mittleren Unternehmen leisten. Das Ziel: Eine enge Anbindung der wissenschaftlichen Arbeit an konkrete und praktische Anwendungen und die frühzeitige Gewinnung von Fachkräften in heimischen Unternehmen.
- Das **Personal im akademischen Mittelbau** aufzustocken. Für Professoren an den Hochschulen für angewandte Wissenschaft verbleibt mit einer Unterrichts-verpflichtung von **18 Semesterwochenstunden** deutlich weniger Arbeitszeit für **Innovations- und Transferaufgaben**, als für Dozenten an den Universitäten. Das muss sich ändern.
- Duale Studiengänge **strukturell zu stärken**. In vielen Bereichen werden Studienfach und Ausbildungsberuf sowie verschiedene Teilbereiche untereinander kaum miteinander verknüpft. Um dies zu erreichen, müssen duale Studiengänge **personell besser ausgestattet** werden.
- Das **Projekt InnoStart** nach baden-württembergischen Vorbild zu überarbeiten, damit mehr Hochschulen und Unternehmen hiervon profitieren können. Das rheinland-pfälzische InnoStart-Programm, das nur auf Druck der Union zustande kam, ist so **schlecht aufgestellt**, dass innerhalb der ersten zwei ein halb Jahre nur neun Unternehmen gefördert wurden. In Baden-Württemberg gibt es **Innovationsgutscheine**. **Dort** machen bereits hunderte Unternehmen von der Möglichkeit Gebrauch, mit einem **Landeszuschuss in Innovationsfragen** mit den Hochschulen vor Ort zu kooperieren.